



Bern eilt es nicht mit Geld für Bulgarien und Rumänien

257 Millionen Franken hätte der Bundesrat noch dieses Jahr für Rumänien und Bulgarien beantragen wollen. Doch jetzt lässt er sich Zeit. Die Korruption in Bulgarien gibt ihm zu denken.

Von **Christina Leutwyler**

Bulgarien hat es mit seiner schwachen Verwaltung und Justiz bisher nicht geschafft sicherzustellen, dass die Fördergelder der Europäischen Union korrekt verwendet werden. Es gebe ernsthafte Hinweise auf Unregelmässigkeiten, Betrug und Korruption, kritisierte die EU-Kommission und fror deshalb mehrere Hundert Millionen Euro ein. Ende November verlor Bulgarien deswegen den Anspruch auf 220 Millionen Euro – eine Sanktion, wie sie noch kein EU-Land erlebt hat.

Das gibt auch dem Bundesrat zu denken. Er werde die weitere Entwicklung genau verfolgen, schreibt er in seiner Antwort auf einen Vorstoss des St. Galler SVP-Nationalrats Lukas Reimann, der einen Zahlungsstopp verlangt. Und weiter:

«Falls die EU-Kommission in Zukunft weitere Zahlungen zurückhält, streicht oder gar zurückfordert, würde sich der Bundesrat über eine analoge Praxis aussprechen.»

Die Schweiz steckt in der Zusammenarbeit mit Bulgarien ohnehin in einer Übergangsphase. Die Projekte aus der Zeit, in der Bulgarien noch nicht der EU angehörte, sind praktisch abgeschlossen. Und der sogenannte Erweiterungsbeitrag der Schweiz für die seit 2007 zur EU gehörenden Staaten Bulgarien und Rumänien ist noch nicht definitiv beschlossen.

Zwar hat der Bundesrat der EU im Juni zugesichert, die Schweiz werde Bulgarien mit 76 Millionen Franken und Rumänien mit 181 Millionen Franken unterstützen, falls das Parlament zustimme. Doch noch hat er den Räten den ursprünglich für 2008 angekündigten Antrag für einen entsprechenden Rahmenkredit nicht vorgelegt.

Nächstes Jahr ist das Parlament dran

Er werde dies «voraussichtlich im Laufe des Jahres 2009» tun, kündigt er nun an. Anschliessend würde er mit Bulgarien und Rumänien je ein Abkommen aushandeln, das unter anderem die Konsequenzen im Falle von Unregelmässigkeiten regeln würde. Erst dann könnten konkrete Hilfs-

projekte finanziert werden. Das werde voraussichtlich Anfang 2010 so weit sein, sagt Adrian Sollberger, der Sprecher des Integrationsbüros des Bundes.

Lukas Reimann sieht zwei mögliche Gründe, weshalb der Bundesrat dem Parlament die insgesamt 257 Millionen Fran-

ken für Rumänien und Bulgarien erst nächstes Jahr beantragen will. Reimanns «gutwillige Interpretation»: Der Bundesrat wolle zuerst genauer abklären, wie er sich nach der Sperrung von EU-Geldern gegenüber Bulgarien verhalten solle. Und seine «böswillige Interpretation»: Der Bundesrat wolle die Probleme in Bulgarien vor der Abstimmung über die Personenfreizügigkeit vom kommenden 8. Februar nicht mehr zum Thema machen.

Der Sprecher des Integrationsbüros widerspricht: Weder die eine noch die andere Interpretation treffe zu. Korruption sei kein neues Thema; die Schweiz habe ihre Hilfsprojekte deshalb schon bisher sorgfältig überwacht. Und mit dem freien Personenverkehr habe der Beitrag für Bulgarien nichts zu tun. Vielmehr gehe es um den Abbau wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheiten sowie um eine «Investition in den Goodwill der EU für den bilateralen Weg».